

Nachrichten für Rauhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelsheim, Bensch, Borsdorf, Eich, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleinberg, Klinga, Köhna, Lützhards, Pomßen, Standitz, Throna u. s. w.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Rauhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1,50 Mk., bei ohne Vorkasse monatlich 1,50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorkasse der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6spaltige Zeile 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., amtliche 30 Pfg., Reklametext (Spz.) 40 Pfg., Tabell. Satz 50 Pfg., Aufschlag. Bei unbedeutend geringen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Vertilger nicht haltbar.

Vertrauensamt Rauhof Nr. 2

Druck und Verlag: Götting & Söhne, Rauhof bei Leipzig, Markt 1.

Nummer 95

Donnerstag, den 7. August 1924

35. Jahrgang

Amtliches.

Freitag, den 8. August 1924 sollen meistbietend öffentlich gegen sofortige Barzahlung versteigert werden vorm. 10 Uhr im Rathhof zu Ammelsheim 1 Bettstelle mit Matratze und Kissen, 1 Nachschränkchen mit Marmorplatte, 1 Sofa mit rotem Plüschbezug, 1 Stuhl in Steingehäuse und Wäckerregal mit Messerkl. Konversations-Perikon, mittags 1 Uhr im Rathhof zu Throna 1 Kellerrad und nachm. 3 Uhr im Fremdenhof „Stadt Leipzig“ in Rauhof 1 Drehbank, kompl. und 1 Motorrad 2¹, PS.

Grimma, am 6. August 1924.

Q 864, 458, 128 u. 518. 24. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Keine Zeitung für eilige Leser.

- In London wurde ein „Großer Rat“ gebildet, der aus je zwei Vertretern der alliierten Mächte und zwei gleichberechtigten deutschen Vertretern besteht.
- Die deutschen Gegenanschläge auf die bisherigen Londoner Beschlüsse sind abgelehnt worden.
- In einer Aussprache des Ausschusses des Reichs Eisenbahnrats wurde ein baldiger, wenn auch vorläufiger Abbau der Eisenbahntarife, besonders für Kohle, als notwendig erachtet.
- Die bisher verbotene Zuckereinfuhr aus dem Ausland soll wieder erlaubt werden.
- Der Evangelische Landeskirchenrat in Thüringen hat angedeutet, daß am kommenden Sonntag in allen Kirchen Thüringens in der Predigt des Verfassungskongresses zu gedenken ist.
- In Spanien soll eine Regierungsänderung und ein Abbau der Diktatur zu erwarten sein.

Ungewißheit.

Über den Ausgang der Verhandlungen, die im englischen Auswärtigen Amt nunmehr unter Teilnahme der deutschen Vertreter begonnen haben, herrscht sowohl an der Themse wie an der Seine vorläufig noch vollständige Ungewißheit. Freilich machen sich sowohl optimistische wie pessimistische Prophezeien bemerkbar, aber scheinbar entscheiden ihre beiderseitigen Prophezeiungen vorläufig jedwede feste Grundlage. In London soll die Ansicht vorherrschen, daß der wichtigere Teil der Verhandlungen sich nicht im Konferenzsaal abspielen wird, sondern vielmehr in die Ausschüsse oder schließlich in die direkte Aussprache der Deutschen mit den Franzosen und Belgiern verlagert wird. Der Haupt- oder einzige Punkt dabei ist die Frage, wie sich die deutsche Delegation mit den Franzosen und Belgiern über die militärische Räumung des Ruhrgebietes und über das rheinisch-westfälische Eisenbahnproblem einigen könnte. Vorläufig zeigen sich in dieser Richtung wenig Lichtpunkte, denn Ministerpräsident Herriot soll die militärische Räumung der Ruhr vor der französischen Kammer nicht verantworten wollen, wenn ihm dafür nicht weitgehende Konzessionen, etwa Zugeständnisse in der Verschuldungsfrage Frankreichs gegen England und Amerika, gemacht würden. Aber sowohl England wie die Vereinigten Staaten sollen eine Verkopplung der Ruhräumung mit dem Schuldennachlaß ablehnen. Herriot halte deshalb an seiner Forderung der zweijährigen Frist fest, die die Deutschen nicht einmal in Erwägung zu ziehen vermögen, weil ohne militärische Räumung zu einem annehmbaren Termin sich keine Mehrheit im Reichstag für die Dawes-Gesetze finden würde. Andererseits ist die Rede davon, daß die Deutschen zu Entgegenkommen anderer Art in der Frage geneigt seien, vielleicht zu einem günstigen Handelsvertrag mit Frankreich und Belgien. Aber wie gesagt, das sind Ungewißheiten und Gerüchte, keine Tatsachen.

Ganster Zwang.

Aus London erfährt man, daß man dort mit der Beendigung der Verhandlungen mit den deutschen Vertretern schon bis zum Wochenende rechnet. Macdonald habe erklärt, er könne vielleicht Sonnabend schon nach Schottland abfahren.

Es ist merkwürdig, kaum sind die „großen Häupter“ oder die „großen Geister“, wie die maßgebenden Herren von der Londoner Konferenz sich lieber in den Zeitungen nennen ließen, unter sich einig geworden, als sie plötzlich entdecken, daß vieles oder gar langes Reden zu nichts und wieder nichts gut sei. Man wolle den Deutschen keine Ullimateum stellen, noch weniger ihnen etwa ein Diktat summen; dazu ist man viel zu demokratisch, viel zu pazifistisch. Die deutsche Delegation ist selbstverständlich zu gleichberechtigter Teilnahme an den Verhandlungen nach London gebeten worden, aber sagt man nicht gerade in Deutschland so gern, daß in der Kürze die Würze liegt? Und die Herren Marx und Stresemann haben doch gewiß in Berlin sehr viele dringende Geschäfte zu erledigen, ebenso wie der Vorsitzende der Konferenz, Herr Macdonald, am Sonnabend nachmittag un-

Die deutschen Gegenanschläge Großer Rat der Sechzehn.

London, 6. August.

In der Nacht auf heute arbeiteten die deutschen Vertreter die Antwort zu den bisherigen in London gefassten Beschlüssen aus und überreichten sie als Denkschrift heute vormittag dem Generalsekretariat der Konferenz.

Die deutsche Denkschrift enthält die angeführten Einwendungen und Gegenanschläge zu den Beschlüssen über die Sanktionsfrage, die Annahme der Ruhräumung sowie die Termine und die Sicherheit der Durchführung der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes, die Zahllieferungen und die Transferbestimmungen. Das Begleitschreiben lautet:

Herr Präsident! Entsprechend der auf der gestrigen Sitzung getroffenen Vereinbarung beehre ich mich, Ew. Excellenz anbei Bemerkungen der deutschen Delegation zu den bisherigen Beschlüssen der interalliierten Kommissionen zu überreichen. Die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit hat es der deutschen Delegation nicht ermöglicht, sich über alle Einzelheiten der interalliierten Beschlüsse und ihre Tragweite ein rasches Urteil zu bilden. Ich bitte die Bemerkungen der deutschen Delegation, insbesondere ihre Verlautbarungen, unter diesem Gesichtspunkt betrachten zu wollen. Dabei nehme ich an, daß die noch erforderliche Klärung im Wege der gegenseitigen Aussprache herbeigeführt werden wird. Im übrigen gestalte ich mir, hervorzuheben, daß die vorliegenden interalliierten Beschlüsse nach Ansicht der deutschen Delegation den mit der Inkraftsetzung des Sachverständigenplans zusammenhängenden Fragenkomplex nicht erschöpfen. Die deutsche Delegation muß besonders entscheidenden Wert darauf legen, die Frage der militärischen Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus bestehenden Gebiete zur Erörterung zu stellen. Andererseits hat der Herr Präsident der zweiten Kommission in seinem Begleitschreiben zu den Beschlüssen dieser Kommission erwähnt, daß die französischen und belgischen Heeresfachverständigen ein Verbleiben von 5000 französischen und belgischen Eisenbahnbediensteten auf bestimmten Strecken des linksrheinischen Netzes verlangen. Die deutsche Delegation ist der Ansicht, daß diese Forderung mit dem Sachverständigenplan nicht vereinbar ist.

Damit sind also die wichtigsten Fragen der Räumung und der Eisenbahnen direkt angeschnitten, und längeres Verweilen ist eigentlich nicht mehr am

bedingt nach Schottland fahren muß. Nicht in Geschäften allerdings, aber das „Weekend“ ist doch schließlich auch kein Pappenspiel, und wenn man sich nur in den letzten Wochentagen ordentlich ins Zeug legt, da kann man schon fertig werden mit den paar Beschlüssen, die noch der Zustimmung Deutschlands bedürfen.

Die Deutschen in wenigen Minuten überreden zu können. Man übergibt ihnen mit dem liebendwürdigsten Gesicht ein Bündel Protokolle und Beschlüsse, bittet sie, sich die Sache nur ja recht schnell anzusehen und nur ja daran zu denken, daß der Sonderzug nach Schottland für den kommenden Sonnabend nachmittag um soundsoviel Uhr schon bereitsteht, und wünscht ihnen im übrigen viel Vergnügen in England. Was braucht es mehr, um die freundlichen Herren aus Berlin zufriedenzustellen? Sie werden doch keine Spielverderber sein wollen, zumal sie sich doch schließlich sagen müssen, daß auch Herr Herriot schon lange genug seine Pariser Amtsgeschäfte im Stich gelassen hatte — und zumal sie sich auch das sagen müssen, daß im Grunde mit langem Parlamentieren nun doch nichts Wesentliches mehr zu erreichen ist. Also, wenn es gar nicht anders geht, macht gute Wiene zum bösen Spiel, seid vernünftig und — unterschreibt!

Soll es wirklich so kommen? Die gute Laune des britischen Premierministers in allen Ehren, allen Respekt auch vor dem begreiflichen Widerwillen des Herrn Herriot, die Ansichten der deutschen Delegierten über die verbrecherische Kriegsschuldfrage des Versailler Schanddokuments mit anhören zu müssen — aber begreifen denn diese Herren nicht, trotz der trüben Erfahrungen, die ihre Vorgänger im Amt mit ihren Konferenzbeschlüssen gemacht haben, daß auch verschleierte Diktate vom Abel sind, daß ein Ultimatum ein Ultimatum bleibt, auch wenn es nicht mit Schimpf- und Hohnreden, sondern mit einem Cia-Popeia von leutselig-einfolgenden Redensarten serviert wird? Wo oft ist ihnen nicht von der Amerikanern — und übrigens auch von anderen vernünftigen Leuten — gesagt worden, daß nur die freie Zustimmung Deutschlands zu den Konferenzbeschlüssen eine wahre Lösung des Reparationsproblems bedeuten könne, daß den Anteilgeheimern mit gutem Gewissen nur dann der Rat gegeben werden könne, das Geschäft zu wagen, wenn man sich des guten, des wirklich guten Willens des deutschen Schuldeners vergewissert habe. Und nun werden die deutschen Bevollmächtigten, kaum daß sie ihren Fuß auf britischen Boden gesetzt haben, mit einem Zwang zur Kürze und damit allein schon mit einem Zwang zur unbefehrten Annahme der Konferenzbeschlüsse empfangen, dem keine noch so liebendwürdig

Blage. Als bald nach Überreichung der Denkschrift trat der neugebildete „Große Rat“ zusammen, der aus je zwei Vertretern der Entente-Mächte und aus den beiden deutschen Vertretern Reichskanzler Dr. Marx und Minister des Äußern Dr. Stresemann besteht, und im ganzen 16 Personen umfaßt. Reichskanzler Dr. Marx und Außenminister Dr. Stresemann waren gestern einer Einladung Macdonalds in seiner Eigenschaft als Konferenzleiter gefolgt, um mit diesem über beratungstechnische Fragen zu verhandeln. Auch eine Fühlungnahme über die Frage der militärischen Räumung ist bei dieser Gelegenheit anscheinend erfolgt.

In der Reparationskommission, die gesondert tagte, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen. Die Mehrzahl der juristischen Sachverständigen warnte die Repfo, anzunehmen, daß die Fragen, die zwischen der Repfo und den Deutschen verhandelt werden sollen, aus halb der juristischen Beurteilung liegen. Die Meinungen gingen sehr auseinander. Der Standpunkt der Juristen der Repfo geht dahin, daß die Repfo nur den Teil behandeln könne, der sich mit dem Friedensvertrage befaßt, sowie nur die Punkte des Dawes-Vorschlages, die außerhalb des Friedensvertrages liegen. Die Frage der Räumung wurde nicht berührt. Macdonald hat ebenfalls gestern im Unterhaus direkte Fragen Lloyd Georges zu diesem Gegenstand ausweichend beantwortet.

Sieben oder acht Prozent.

Was die Amerikaner an Zinsen verlangen.

Das Hauptorgan der New Yorker Finanzwelt schreibt über die deutsche Anleihe, daß der Erfolg dieser Anleihe in der Hauptsache von der Höhe des Zinsfußes abhängen werde, doch würden sieben oder acht Prozent genügen, um die Geldleiher zu interessieren. Schon jetzt seien Bestrebungen im Gange, um ein Syndikat zu gründen, das in den Vereinigten Staaten die Ausgabe der Anleihe in die Hand nehmen werde. In diesem Syndikat würden folgende Großbanken vertreten sein: Morgan, Kuhn, Loeb u. Co., First-Nationalbank, National-City-Bank, Bankers-Trust, Kidder-Peabody u. Co., Harry Forbes u. Co. Ein Junkspruch des New Yorker Bankiers der Ansicht wären, die Aufhebung der Hälfte der im Dawes-Plan vorgesehenen Anleihe in Amerika bedeute nur die Einleitung des amerikanischen Programms für die finanzielle Unterstützung Deutschlands.

Die Forderung des ultimativen Charakter nehmen kann. Wir wüßten, daß unsere Delegierten einen schweren Gang antraten, als sie der freundlichen Einladung nach London Folge leisteten, aber daß ihnen der Zweck dieser Reise so schwer gemacht werden würde, war doch nicht voranzusehen. Jetzt befinden sie sich in einer Lage, um die sie nicht zu beneiden sind. Wenn sie nur der Stimme ihres Herzens folgen dürften, würden sie wohl über die Entscheidung, die sie zu treffen haben, sehr bald im reinen sein. Viele Deutsche werden meinen, daß auch der Versuch ihnen nicht erlauben darf, dem Verfahren zuzustimmen, das ihnen jetzt angeschlossen wird.

Sollen wir den Amerikanern vertrauen, die uns mehr oder weniger heimlich zuzuhören, in Zukunft könne doch nichts mehr gegen ihren Willen, gegen den Rat ihrer in allen wichtigen Kommissionen sitzenden Vertreter geschehen? Wir sollten uns nicht durch die mehr täglich als möglich ausgetütelten Vorbehalte wiederum ins Bockshorn jagen lassen, mit denen doch nur Herr Herriot vor Poincaré und Genossen sein Gesicht wahren wollte? Man braucht uns nicht erst zu sagen, wie ungebeuer die Verantwortung derjenigen ist, die für das deutsche Volk jetzt in London schicksalsschwere Entscheidungen treffen sollen. Aber dieses Volk wird selber erst durch seine Vertreter im Reichstag das letzte Wort zu sprechen haben — wer wolle im Ernst daran glauben, daß der Reichstag „Lösungen“ der Londoner Konferenz seine Zustimmung geben würde, die uns in wichtigen Punkten noch hinter die Rücklosigkeit des Versailler Vertrages zurückwerfen würden? Und wenn man das Volk in Neuwalben erneut befragen wollte, was soll dann — von dem Ausfall dieses Experiments abgesehen — allein schon aus den kurz bemessenen — d. h. natürlich für Deutschland kurz bemessenen — Zahlungs- und Lieferungsfristen werden, die in London schwarz auf weiß festgelegt worden sind? Es ist überflüssig, vollkommen überflüssig, weitere Fragen dieser Art aufzuwerfen. So geht es nicht, so geht es ganz bestimmt nicht. Hieraus folgt, daß man schon besser daran täte, den deutschen Delegierten mehr Raum und Zeit zu geben für wirkliche Verhandlungen.

Schiedspruch für die ober-schlesische Glanzindustrie.

Berlin, 6. August. Unter Vorsitz des vom Reichsarbeitsministerium bestellten Schlichters, Regierungsrat a. D. Prof. Dr. Brahn, wurde ein Schiedspruch gefällt, der mit Rücksicht auf die augenblickliche schwierige wirtschaftliche Lage der ober-schlesischen Eisenhütten-Industrie neben einigen wirtschaftlich notwendigen Veränderungen der Arbeitsbedingungen eine Senkung der Löhne um 5% vorschreibt, andererseits aber die Grundlage der Arbeitsverträge erweitert.

Gesamtzahl wird auf Geschäftsannahme an der täg...
deutsche log...
r d e, nicht...
h, heute an...
folgen: die...
n, die neue...
tbe.
ktenbörfz...
00 Pa...
marz...
2. 6...
10.4...
10.2...
286-290...
870...
22-24...
15.5-17...
14-15...
14...
18-15...
14-15...
0.5-10...
17-18...
11-11,2...
20...
8.4...
19-19,5...
22,5-28...
en 1. 8. 1924...
n mit seiner...
anderberfung...
er Kohn den...
Nigung nicht...
ber mit juen...
und meist...
h wieder in...
Das dem...
Abhandlung...
den geben...
viel lieber...
se vielleicht...
Schmidt...
in Waune...
nhof...
zert...
6. Aug...
rn...
ng...
Mag Müller...
bier...
zu...
r und...
3...
igene...
kellerl...
k...
tr. 12...
Dribal...
Stalles...
mans?...
reiben...
d welche ge...
e, noch ein...
die beiden...
und Kukirol...
uert werden...
statt wie ver...
ewerungen...
deburg...